

Die Europawahl 2019 in Deutschland: Grüne Höhenflüge und die „Zerstörung der CDU“

Antonios Souris

Die Wahlanalysen in den letzten Jahren haben regelmäßig gezeigt, dass sich relevante Teile der Gesellschaft von den etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen. Prominentester Ausdruck dieser Entwicklung ist die Alternative für Deutschland (AfD), die sich mit gängiger (rechts-)populistischer Rhetorik von eben allem Etablierten abzugrenzen versucht und so (Wahl-)Erfolge feiert. Infolge der Bundestagswahl im Oktober 2017 gaben die anderen Parteien das Ziel aus, die AfD-Wählerinnen und -Wähler zurückzugewinnen zu wollen. Angela Merkel betonte im ARD-Interview nach ihrer Vereidigung als Bundeskanzlerin, man wolle sich jetzt der Probleme derer annehmen, welche die AfD vor allem aus Protest gewählt haben.¹ Friedrich Merz wurde bei seiner Bewerbung um den CDU-Vorsitz im Herbst 2018 konkret: durch die Schärfung des konservativen Parteiprofils wolle er „mindestens die Hälfte“ der AfD-Wählerinnen und -Wähler zurückbringen.² Die SPD, die ihre

Kernklientel nicht mehr zu mobilisieren weiß, versucht insbesondere seit dem jähen Ende des „Schulz-Zugs“ ihren Markenkern, die soziale Gerechtigkeit, wieder stärker herauszustellen. Das Kalkül der Genossinnen und Genossen: denen, die sich primär aus Protest für die AfD entscheiden, soll durch sozialpolitische Maßnahmen die Angst vor Zuwanderung und Globalisierung genommen werden. Die Versuche, Antworten auf die AfD zu finden, sind mit Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl, bei denen die neue Wettbewerberin drittstärkste Kraft wurde, wenig überraschend. Das „Wegschweigen“, wie es vor allem Union und SPD als Strategie im Umgang mit der AfD lange praktiziert hatten, war damit endgültig gescheitert. Gleichwohl hat es die AfD dadurch vermocht, die anderen Parteien vor sich herzutreiben. Thematisch drehte sich die parteipolitische Debatte fast ausschließlich um die Migrations- und Asylpolitik.

Derweil bewegt vor allem die jungen Men-



Antonios Souris M.A.

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
Institut für Politische Wissenschaft